

# BI will lückenlose Aufklärung bei Kiesabbau

**Mitgliederversammlung Rümmlsheimer sorgen sich wegen illegal aufgeschütteten Materials**

Von unserem Mitarbeiter  
Dieter Ackermann

■ **Rümmlsheim.** Eine gute und eine weniger gute Nachricht prägte die Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative (BI) „Lebensraum Untere Nahe“, die sich gegen eine Ausweitung des Kiesabbaus im Büdesheimer Wald oberhalb von Rümmlsheim einsetzt.

Vorsitzender Dr. Gerhard Stumm teilte mit, dass das Unternehmen Gaul/Strabag noch nicht im Büdesheimer Wald baggert und betonte: „Wir haben die Initiative ergriffen, dass dies so bald nicht geschehen wird.“ Weniger erfreulich

sei, „dass sich immer noch nichts getan hat, um das Risiko im Zusammenhang mit der Auffüllung und der illegalen Ablage der 150 000 Kubikmeter in Rümmlsheim II durch weitere Untersuchungen zu minimieren“. Umfangreiche Schriftwechsel und Gespräche hätte es bereits mit der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) gegeben, mit dem Bergamt, der Planungsgemeinschaft Rheinhesen/Nahé und der Staatsanwaltschaft. Stumm bedauerte, dass es seit Juli 2011 zu keinem Gespräch mehr mit dem Unternehmen gekommen ist.

Was die Verfüllung angeht, so machte der Vorsitzende deutlich, dass man noch nicht wisse, ob das illegal aufgeschüttete Material mit krebserregenden Stoffen kontaminiert ist. Auszuschließen sei das nicht, da die Firma Gaul in ihrem Abschlussbetriebsplan von August 2010 Wasseranalysen erwähnt habe, die mit krebserregenden Stoffen (PAK) kontaminiert seien und die laut Bergamt vom Verfüllmaterial stammten.

„Die Zeitbombe tickt, da wir nicht wissen, welches Material hier eingebracht wurde“, sagte Stumm. Daher bleibe die Bürgerinitiative bei ihrer Forderung, dass die Firma unverzüglich Schürfungen veranlassen und weitere Bohrungen einbringen soll, um die Beschaffenheit des „illegal eingebrachten Materials zu untersuchen“. Gaul/Strabag

weigere sich aber trotz mehrerer Aufforderungen, Bohrungen durchzuführen. Auch die Staatsanwaltschaft schauete tatenlos zu, während die Rümmlsheimer mit dem Risiko leben müssten und die Verursacher, die gewissenlos gehandelt hätten, auf Zeit spielen würden. „Mehrfach haben wir die Staatsanwaltschaft und den Justizminister aufgefordert zu handeln, doch alles ohne Ergebnis“, so Stumm. Auch eine Beschwerde wegen Untätigkeit der Staatsanwaltschaft sei mit einem nichtssagenden Schreiben beantwortet worden. „Es ist zu lesen, dass von der Staatsanwaltschaft alles getan wird, um den Sachverhalt aufzuklären. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Staatsanwaltschaft heute noch keine Untersuchungsergebnisse der im Spätherbst 2011

durchgeführten Bohrungen vorliegen. Ist die Staatsanwaltschaft so schüchtern, dass sie vom Unternehmen Gaul keine Unterlagen in angemessener Zeit anfordert?“

Laut Stumm wurde Dienstaufsichtsbeschwerde bei Generalstaatsanwalt Jung in Koblenz gestellt. Außerdem hat die Landtagsabgeordnete Bettina Dickes (CDU) eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, um Klarheit über die Verfüllung zu erhalten. Die Antwort stehe noch aus. Die BI fordert Bohrungen zur Risikominimierung für alle Rümmlsheimer Bürger und, wenn möglich, auch der angrenzenden Gemeinden. „Wir wollen endlich Klarheit darüber, ob das illegal eingebrachte Verfüllmaterial von etwa 8000 Lkw-Ladungen kontaminiert ist und von woher es angefahren wurde.“